

Dr. Peter Gauweiler
Mitglied des Deutschen Bundestages
Stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses
für Kultur und Medien

Frau
Prof. Dr. Jutta Limbach
Präsidentin des Goethe-Instituts
Dachauer Straße 122

26. Oktober 2004

80637 München

vorab per Fax: 0 89/ 1 59 21-4 50

Sehr geehrte Frau Präsidentin,

soeben haben wir auf Nachfrage von Ihrer Mitarbeiterin, Frau Susanne Sporrer, von den geplanten Umstrukturierungen und möglichen Standortschließungen bei den Goetheinstituten in Deutschland erfahren. Hiervon sollen auch drei Standorte in Bayern betroffen sein: Rothenburg, Prien und Murnau. Auf weitere Nachfrage wurde uns von Frau Sporrer mitgeteilt, daß eine Entscheidung hierüber in der Präsidiumssitzung am 15. November 2004 gefaßt werden soll. Erst danach soll die Mitgliederversammlung des Goethe-Institutes in dieser Sache über den gefaßten Beschluß informiert werden.

Ich bitte Sie in meiner Eigenschaft als vom Deutschen Bundestag entsandtes Mitglied der Mitgliederversammlung des Goethe- Institutes dringend, keine Beschlüsse in dieser wichtigen Angelegenheit zu fällen, bevor sich nicht auch die Mitgliederversammlung mit dem Thema befaßt hat. Auf der mir zugegangenen Tagesordnung der Mitgliederversammlung vom 16. November - die im übrigen ursprünglich für den 19. November angekündigt und ohne Begründung verlegt worden war- ist die Standortschließung mit keinem Wort erwähnt. Eine satzungsgemäße Befassung unserer Mitgliederversammlung mit diesem Vorhaben setzt eine ordnungsgemäße Beratung voraus, wozu auch eine schriftliche Beratungsvorlage gehört. Im Rahmen dieser Vorlage müßte auch erläutert werden, wieso inländische Goethe- Institute, die für zahllose hier lebende Ausländer mit großem Erfolg deutsche Sprachkurse anbieten,

Postanschrift: Dr. Peter Gauweiler, MdB Platz der Republik 1 • 11011 Berlin
Bundestagsbüro: Eingang Unter den Linden 71
Tel.: (030) 227 – 72 983 • Fax: (030) 227 – 76 989
peter.gauweiler@bundestag.de

Wahlkreisbüro: Promenadenplatz 9, Aufgang II • 80333 München •

ausgerechnet zu einem Zeitpunkt geschlossen werden sollen, zu dem sich alle Bundestagsfraktionen einstimmig für eine stärkere Förderung des Erlernens der Deutschen Sprache im Inland ausgesprochen haben.

Da nach den Informationen des Goetheinstitutes alle jetzt in Frage gestellten Institute derzeit schwarze Zahlen schreiben, besteht überhaupt kein Grund, am 15. November einen Präsidiumsbeschluß ohne vorherige, sorgfältige Erörterung in der Mitgliederversammlung zu fassen.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr